



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

**„DIE ROLLE DER EUROPÄISCHEN UNION IN
DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRISE
IM URTEIL DER ÖSTERREICHER/INNEN“**

*Ergebnisse aktueller Meinungsbefragungen
in Österreich*

Präsentiert am 12. Mai 2009 im Rahmen der Tagung

"Wie bewährt sich die EU in der Wirtschaftskrise?

Bestandsaufnahme und Ausblick"

*der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik
(WIWIPOL) und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)*

in der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Marc Bittner

Wien, Mai 2009

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte im November 2008 (SWS-Telefonumfrage 182; N=1.016), im März 2009 (SWS-Telefonumfrage 183; N=1.016) sowie im April 2009 (SWS-Telefonumfrage 185; N=1.050) für Österreich repräsentative Befragungen durch, deren Schwerpunktthema jeweils Einstellungen der Befragten zur Europäischen Union war.

Die Telefonumfragen Nr. 182 & Nr. 185 wurden in Kooperation mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik durchgeführt. Die Telefonumfrage Nr. 183 erfolgte im Rahmen eines vom Jubiläumsfonds der OeNB geförderten Forschungsprojekts (Projekt-Nr. 12878).

Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen auf diesem Datenmaterial.

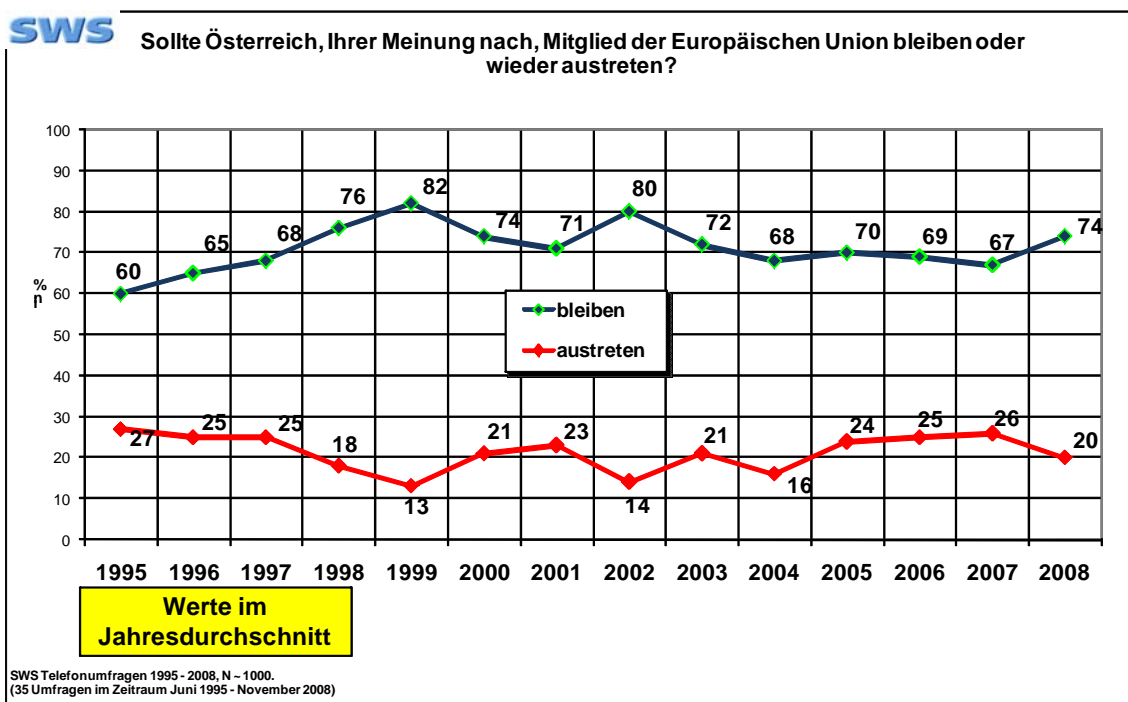
Einstellung zur EU-Mitgliedschaft unseres Landes

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise hat sich die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union stark verbessert. 78% der Befragten sind im November 2008 der Ansicht, dass unser Land EU-Mitglied bleiben sollte. Das ist der höchste Wert seit Juni/Juli 2002 (80%) und insgesamt der dritthöchste Wert der Zustimmung in unserer Zeitreihe, die seit dem Jahr 1995 besteht und 35 Umfragewerte umfasst.

Die Zahl jener ÖsterreicherInnen, die sich für einen Austritt aus der Europäischen Union aussprechen, ist auf 16 % gefallen. Auch dies ist der niedrigste Wert seit Juni/Juli 2002 (14%) und der drittniedrigste Wert in unserer Zeitreihe.

Die folgende **Grafik 1** verdeutlicht die Entwicklung seit 1995, wobei die ausgewiesenen Werte zum Großteil keine Einzelbeobachtungen, sondern Jahresdurchschnittswerte darstellen.

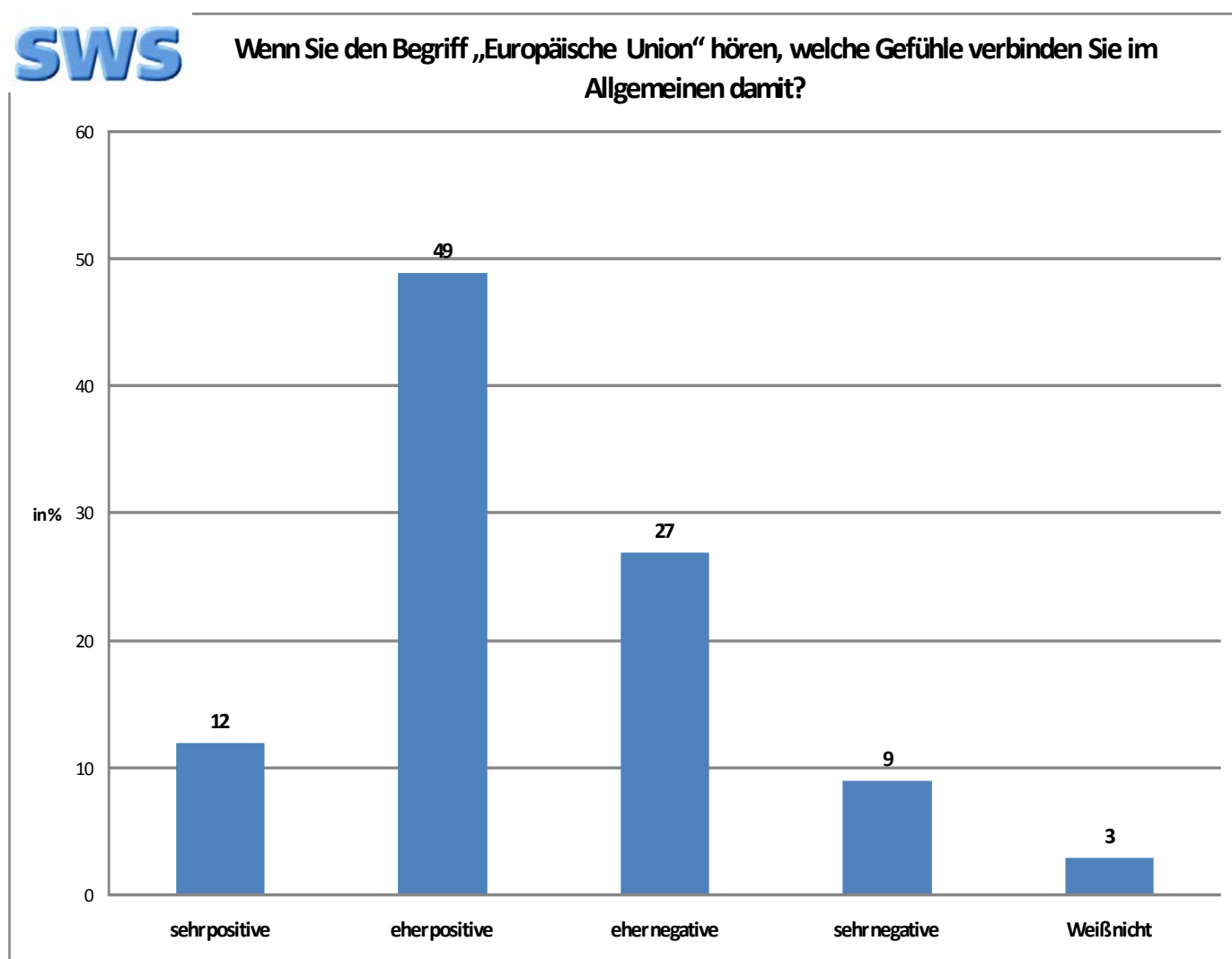
Grafik 1:



Wie in **Grafik 2** ersichtlich ist, stehen die ÖsterreicherInnen der EU auch emotional deutlich positiv gegenüber: 61% der Befragten geben an, „eher“ bzw. „sehr“ positive Gefühle mit dem Begriff „EU“ zu verbinden. Angesichts der Tatsache, dass Österreich als sehr EU-kritisch gilt (z.B. laut Eurobarometer), überrascht dieses eindeutige Ergebnis einerseits, andererseits bestätigt es einen bereits zum Jahreswechsel beobachteten Trend, der der EU doch Lösungskompetenzen im Zuge der Wirtschaftskrise zubilligt und der zu einem Aufschwung im Ansehen der EU geführt hat.

Eine zumindest latente EU-Skepsis ist allerdings immerhin bei 36% der ÖsterreicherInnen festzustellen.

Grafik 2:



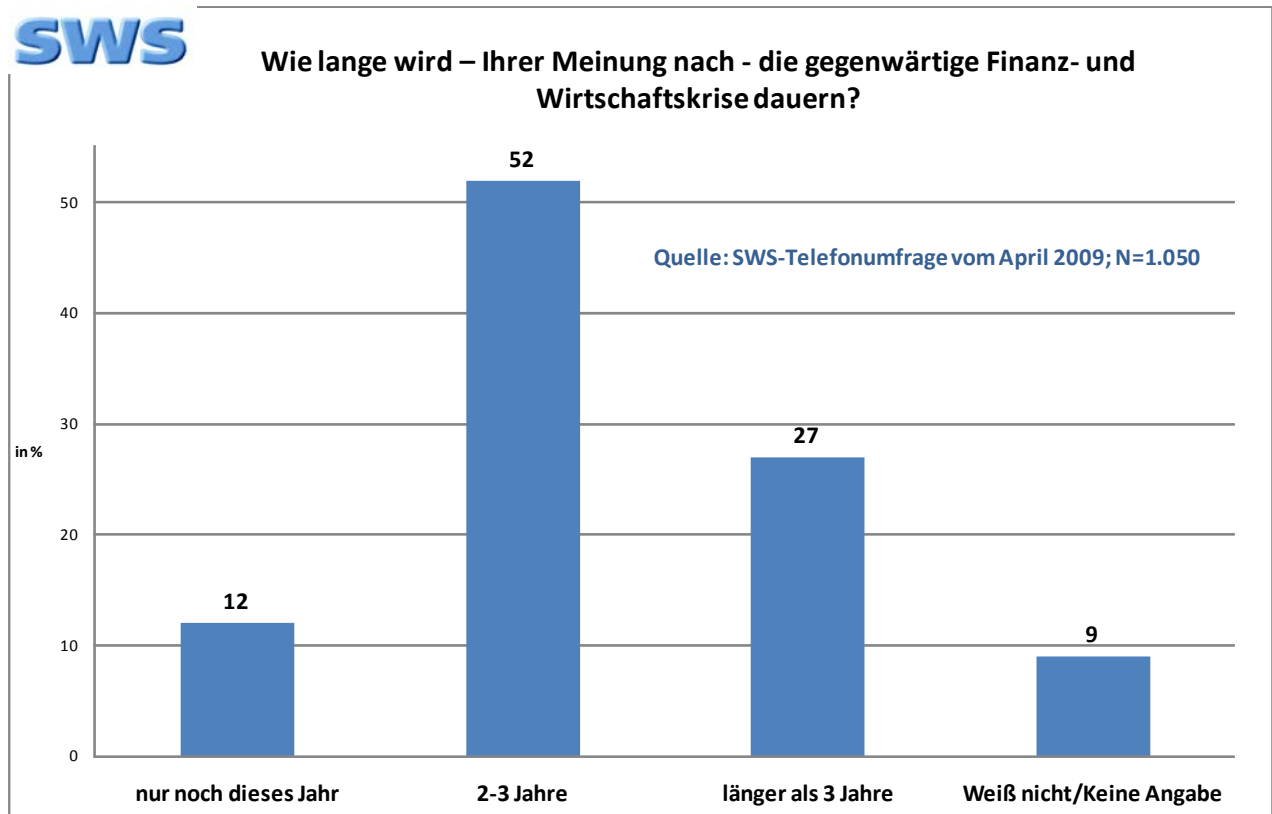
Geschätzte Dauer der Finanz- und Wirtschaftskrise

Bezüglich der Einschätzung der Dauer der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird deutlich, dass die Mehrheit der ÖsterreicherInnen (52%) davon ausgeht, dass die Krise noch 2-3 Jahre dauern wird (wie auch von den meisten WirtschaftsexpertInnen erwartet und medial veröffentlicht).

Somit können diese RespondentInnen als Gruppe der „Realisten“ bezeichnet werden (vgl. **Grafik 3**).

Demgegenüber kann man nur 12% der Befragten als „Optimisten“ charakterisieren (diese glauben, dass die Krise nur noch dieses Jahr anhält) und 27% als „Pessimisten“ (,die meinen die Krise wird länger als 3 Jahre zu spüren sein.)

Grafik 2:

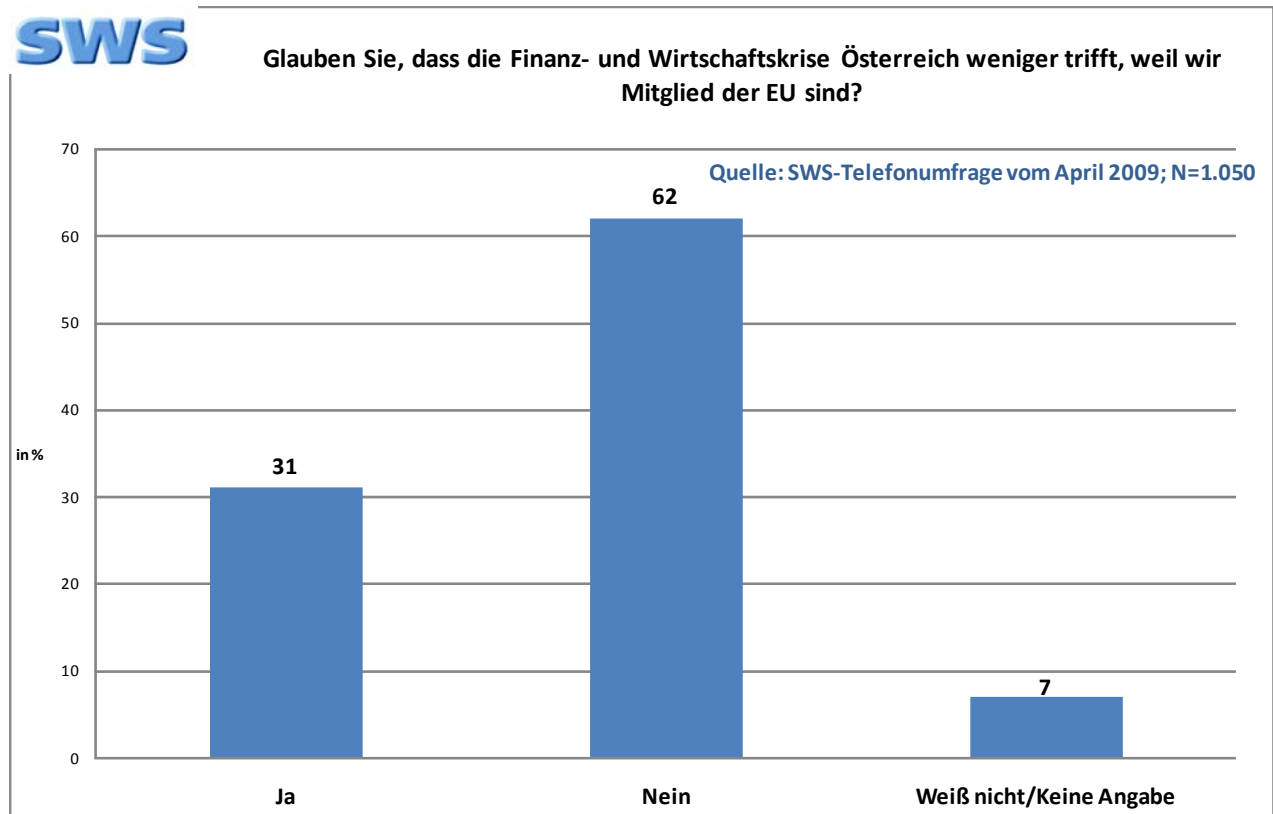


Die Europäische Union und Österreich in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Wie in **Grafik 4** verdeutlicht, meint immerhin ein knappes Drittel der ÖsterreicherInnen, dass unser Land durch die Mitgliedschaft bei der EU einen **Schutz in der Krise** genießt.

Zwei Drittel der Befragten betrachten die Krise aber unabhängig von Staatengemeinschaften und gehen davon aus, dass jedes einzelne Land von der globalen Krise erfasst wird.

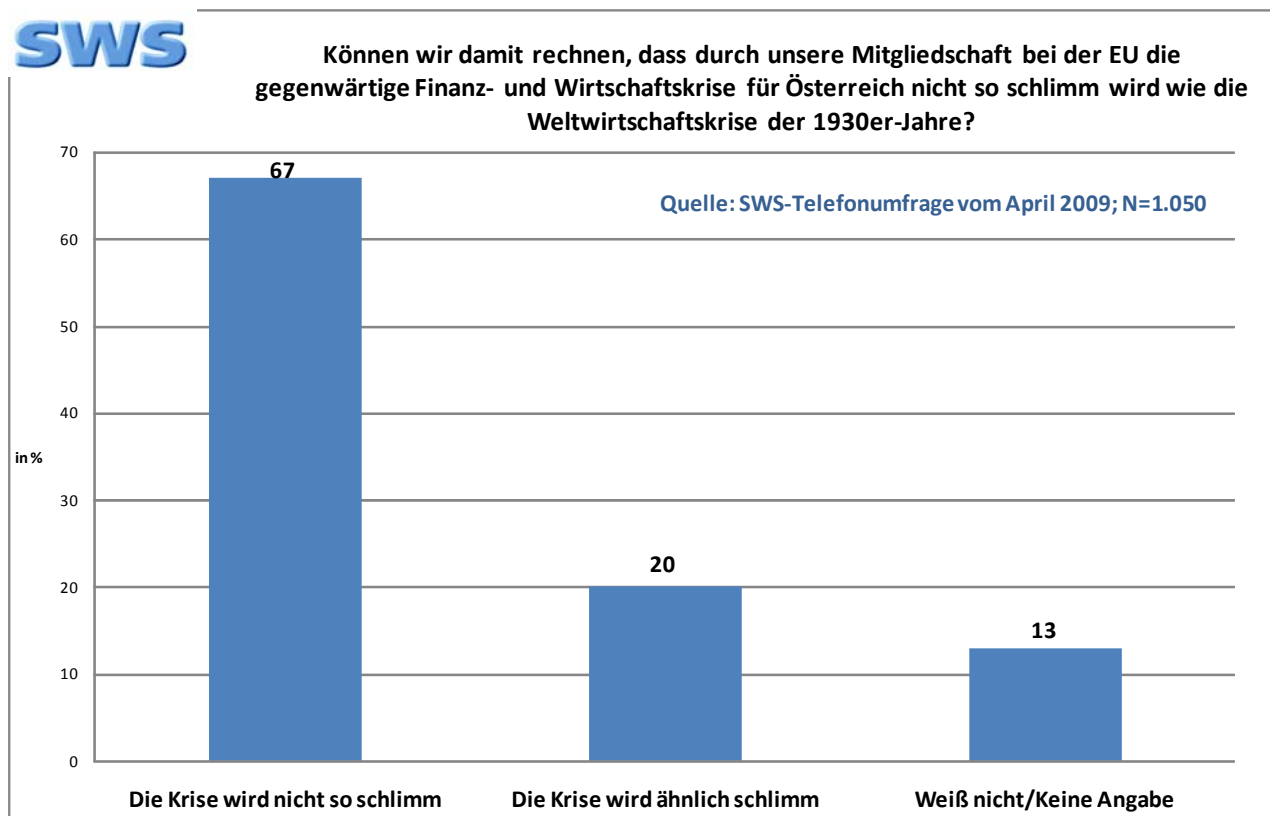
Grafik 4:



Die **Hoffnungen**, die die ÖsterreicherInnen in der Krise in die EU setzen, beziehen sich demnach nicht so sehr auf die Vermeidung der Krise überhaupt, sondern vielmehr auf die **Eindämmung der Folgen der Krise**, wie **Grafik 5** zeigt.

Gut zwei Drittel der ÖsterreicherInnen erwarten aufgrund der Mitgliedschaft bei der EU keine dramatischen Folgen der Krise und finden einen Vergleich mit der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre unangebracht.

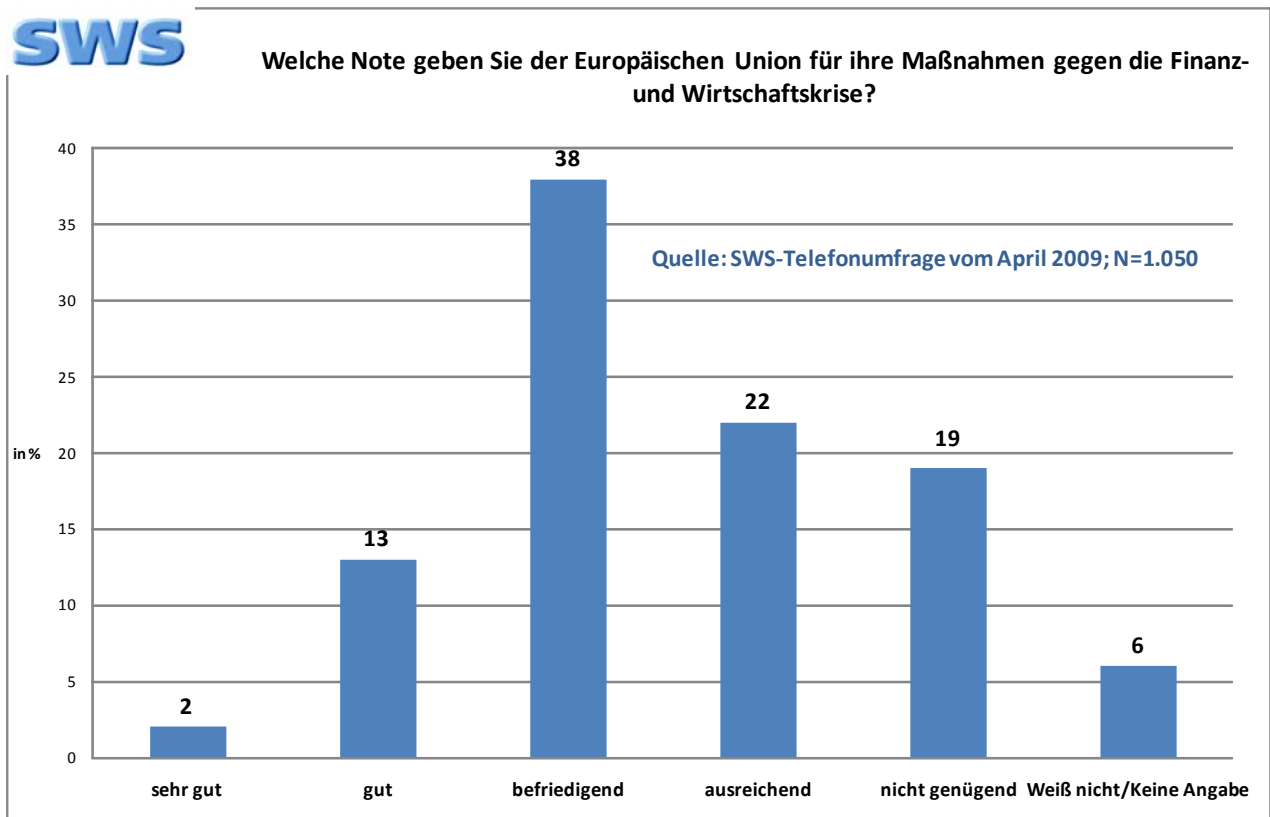
Grafik 5:



Da die **Effizienz der Maßnahmen der EU gegen die Krise** zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch schwer beurteilbar ist und keine endgültigen Schlüsse gezogen werden können, fällt auch die Benotung der EU durch die Befragten in diesem Zusammenhang eher vorsichtig aus (vgl. **Grafik 6**):

15% der Befragten vergeben ein „sehr gut“ bzw. ein „gut“, knapp 20% ein „nicht genügend“, während 60 % der ÖsterreicherInnen die Bemühungen der EU zur Lösung der Krise als „befriedigend“ bzw. „ausreichend“ bezeichnen.

Grafik 6:



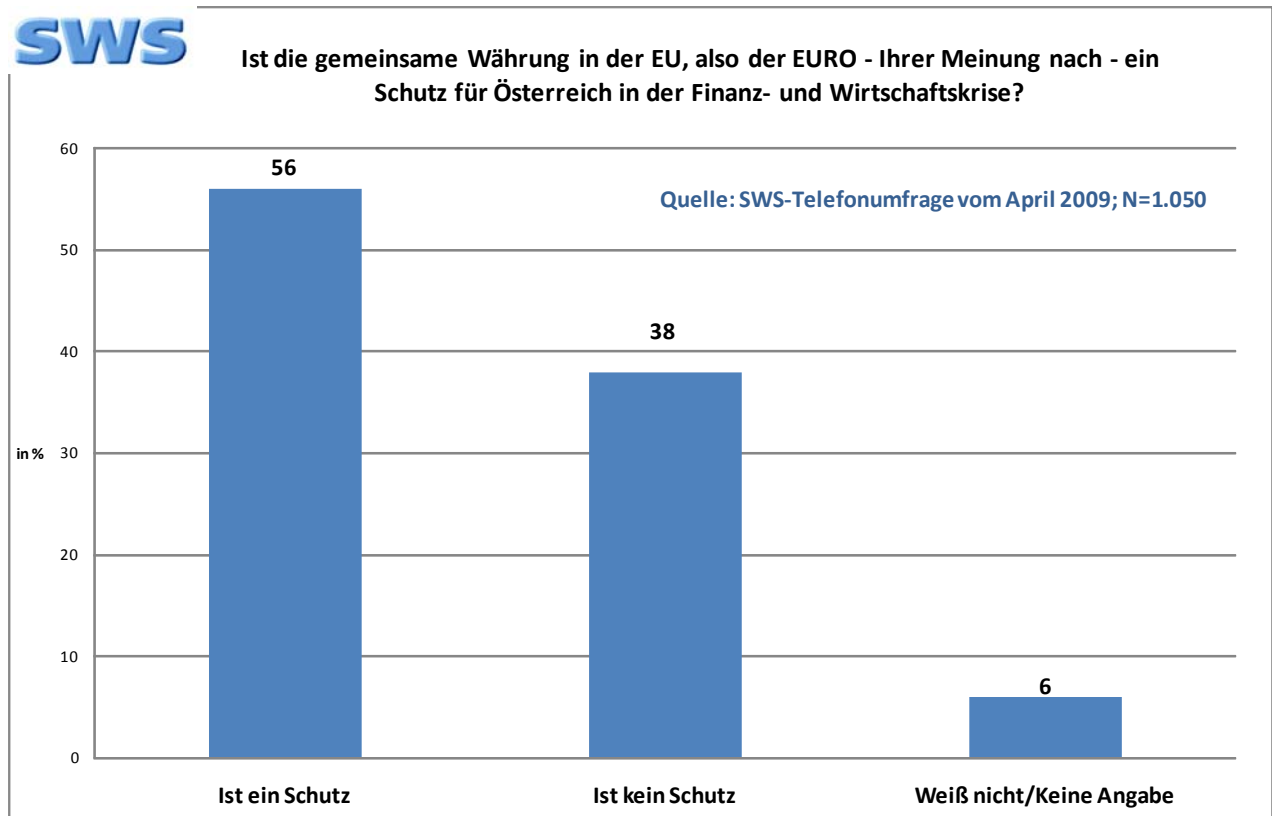
Der EURO in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Dem **EURO als stabile Währung** in einem großen gemeinsamen Wirtschaftsraum wird auch in Krisenzeiten überwiegend das Vertrauen ausgesprochen (**Grafik 7**):

56% der ÖsterreicherInnen meinen, dass der EURO in der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Schutz darstellt. Dennoch sehen fast 40% der Befragten keinen Zusammenhang zwischen der gemeinsamen Währung und der Krise

Während alle ExpertInnen davon ausgehen, dass Österreich ohne den EURO die Krise weit dramatischer erleben würde, ist dieses Bewusstsein offensichtlich noch nicht in ausreichendem Ausmaß in den Köpfen der Bevölkerung verankert.

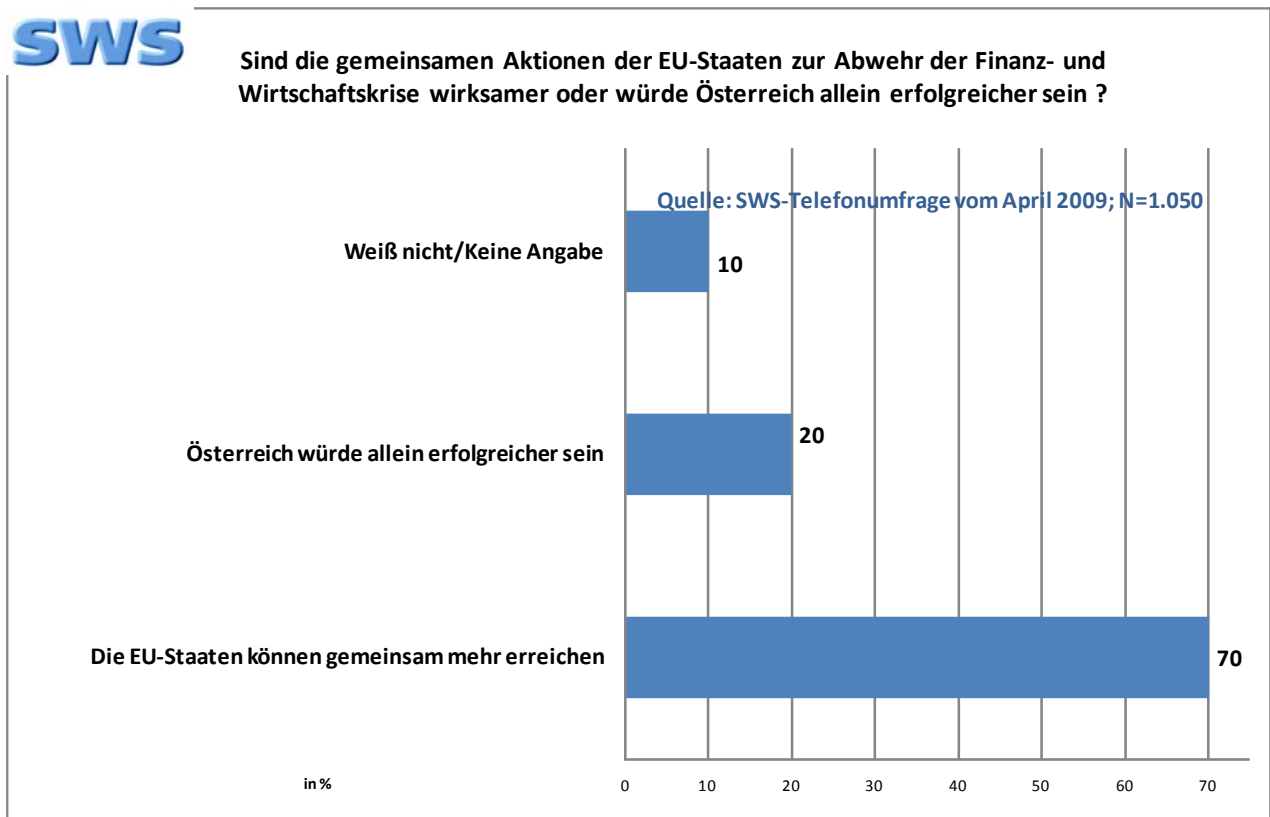
Grafik 7:



Unter dem Motto „gemeinsam ist besser als einsam“ sind 70% der ÖsterreicherInnen der Ansicht, dass die **EU-Staaten gemeinsam mehr zur Abwehr der Finanz- und Wirtschaftskrise ausrichten** können als dies jedes Land auf sich allein gestellt tun könnte (**Grafik 8**).

Die Krise stellt somit für die EU eine Chance dar, ihr Image in der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern, wenn es ihr gelingt, die Krisenbewältigung positiv und nachhaltig voranzutreiben und entsprechende Erfolge durch Öffentlichkeitsarbeit bewusst zu machen.

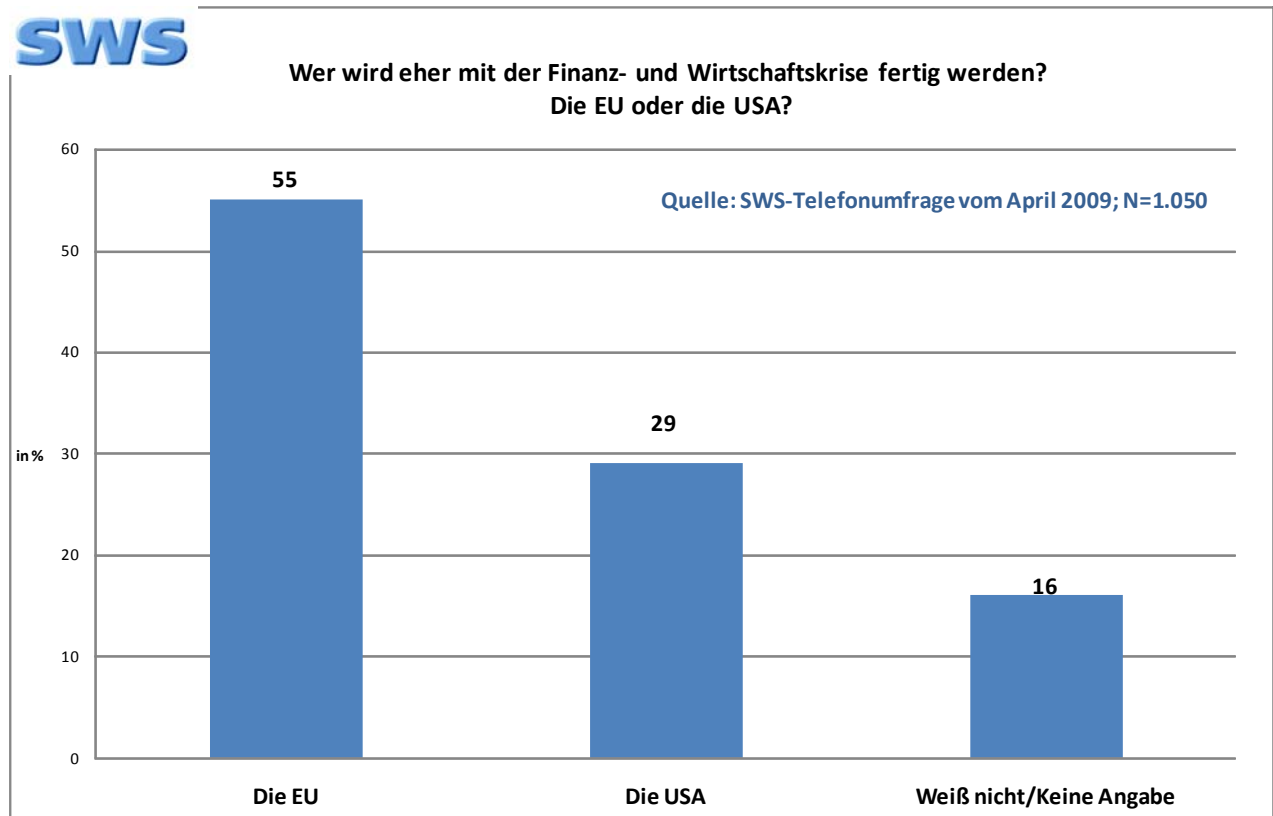
Grafik 8:



Die Finanz- und Wirtschaftskrise im globalen Vergleich

Im Vergleich von geopolitischen Machtblöcken werden eindeutig der **EU** bessere Chancen zugewillt, mit der Krise fertig zu werden als den **USA**, die trotz „Obama-Effekt“ nur knapp 30% der ÖsterreicherInnen diesbezüglich besser bewerten als die EU (**Grafik 9**).

Grafik 9:

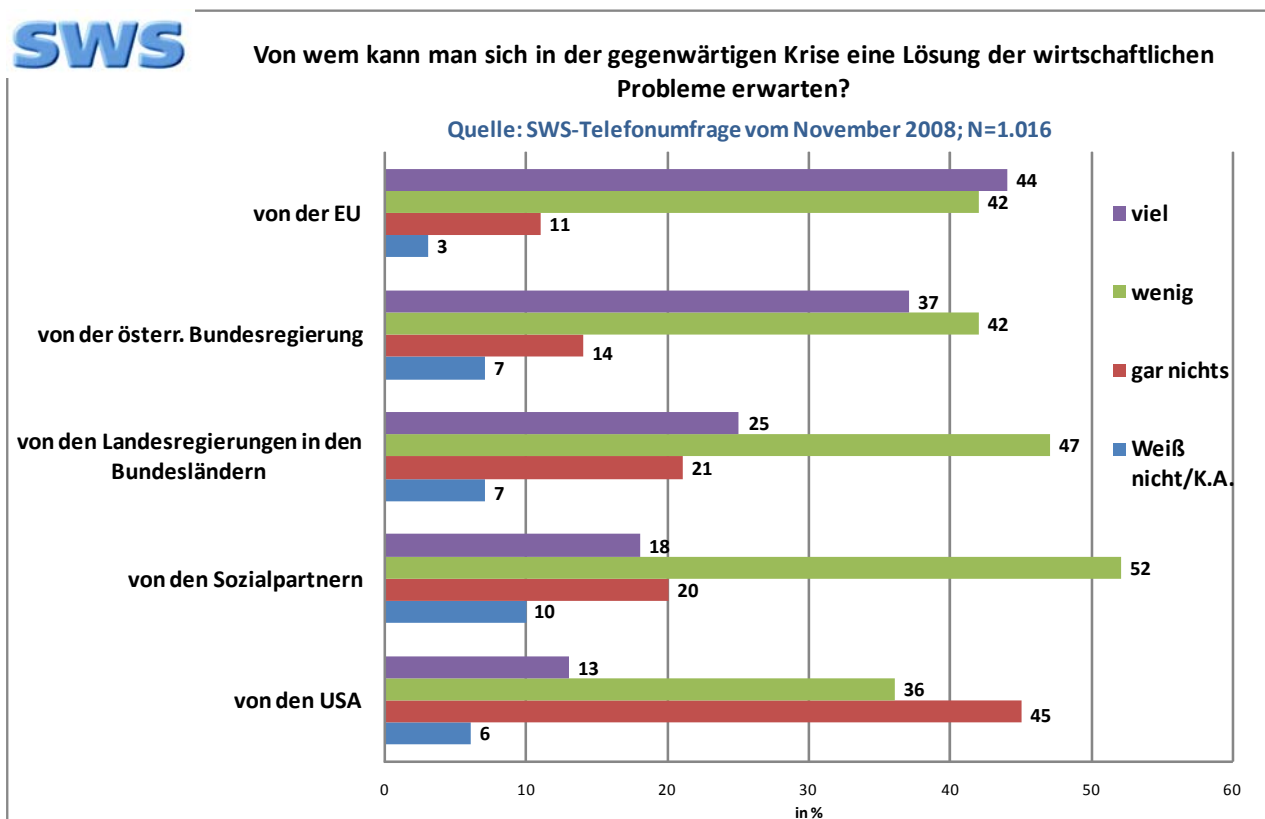


Auch die folgende **Grafik 10** verdeutlicht, dass sich die ÖsterreicherInnen die meiste Unterstützung bei der **Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme** durch die EU (44%) sowie von der österreichischen Bundesregierung (37%) erwarten.

Somit bauen die Befragten offensichtlich auf einen Mix von klugen nationalpolitischen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsstrategien, die auf die spezifisch österreichische Situation abgestimmt sind sowie auf die starke wirtschaftspolitische Gemeinschaftskraft der EU, der in Krisenzeiten offensichtlich doch etwas zugetraut wird.

Ganz anders die Beurteilung der Rolle der USA, der als (Quasi-) Auslöser der Krise extrem wenig Lösungskompetenz zugesprochen wird und dementsprechend wenig Vertrauen entgegengebracht wird (nämlich nur von 13%). Selbst von den Landesregierungen (25%) und den Sozialpartnern (18%) erwarten sich die ÖsterreicherInnen mehr als von den USA.

Grafik 10:

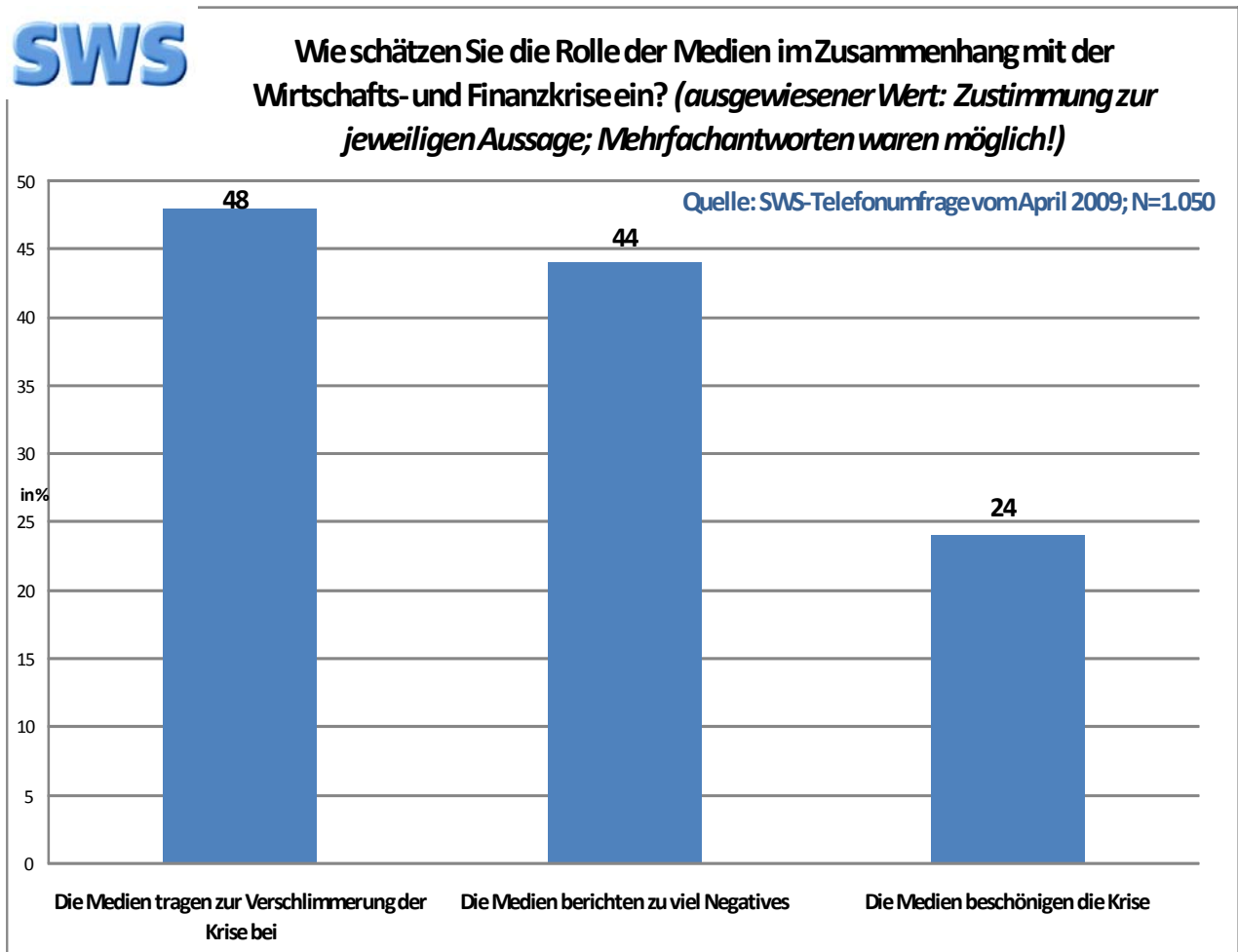


Knapp die Hälfte der ÖsterreicherInnen meint, dass **die mediale Berichterstattung** im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Verschlimmerung der Krise beiträgt (vgl. **Grafik 11**).

Ein gewisses „Aufschaukeln der Angst“ durch die Medien wird also durchaus diagnostiziert – dies zeigt sich auch in der Tatsache, dass 44% der Befragten sagen, dass die Medien zu viel Negatives berichten.

Von einer Beschönigung der Krise durch die Medien geht nur ca. ein Viertel der ÖsterreicherInnen aus.

Grafik 11:

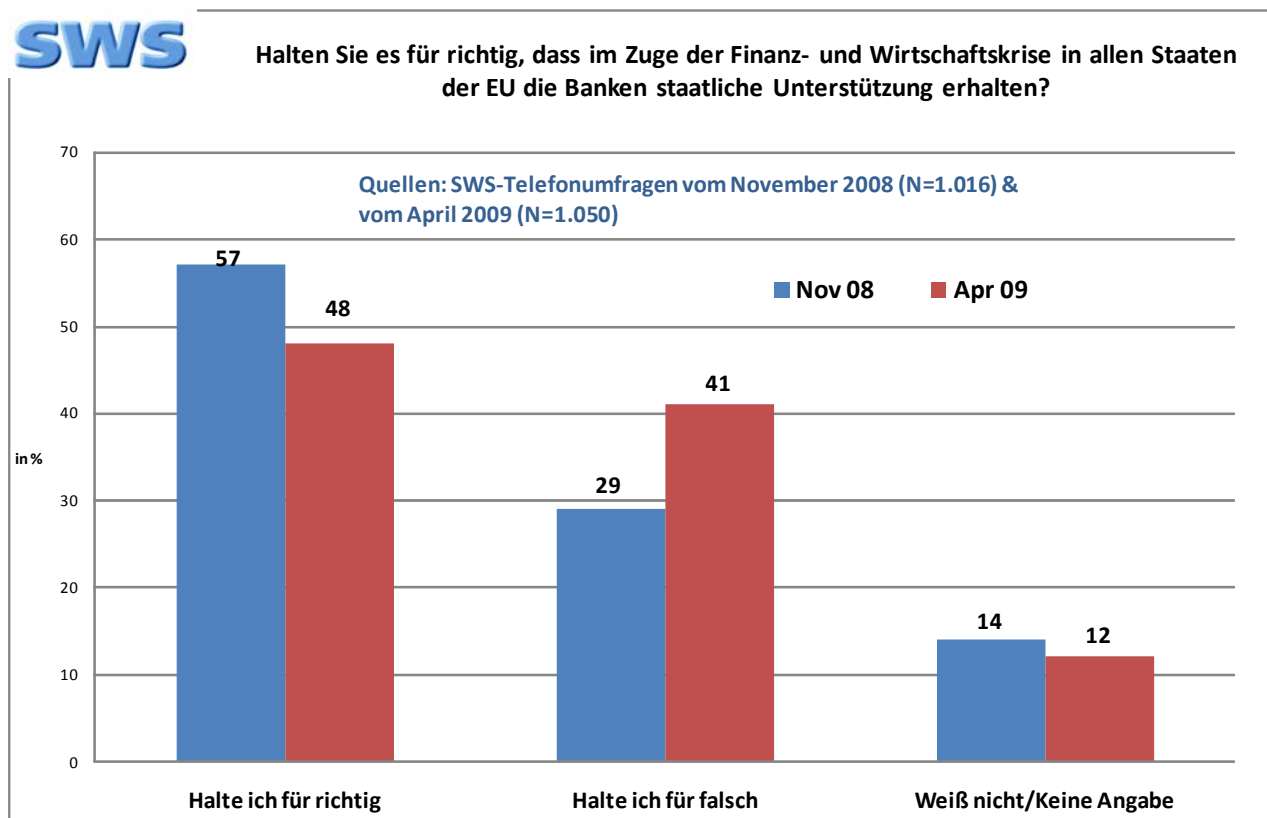


Die Banken in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Eine deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen (57%) hielt es im November 2008 für richtig, dass die öffentliche Hand zur **Rettung von Banken** eingreift. 29% hielten diesen Weg damals für falsch. Mittlerweile (bis April 2009) ist doch ein merklicher Rückgang in der Zustimmung zu den Bankenhilfspaketen zu verzeichnen: Nur mehr 48% der Befragten halten diesen Weg für richtig, während bereits 41% meinen, dass sie dies für falsch erachten (vgl. **Grafik 12**).

Während im November 2008 die persönliche Sorge um die Spareinlagen (deren Sicherung ein wichtiges Thema im öffentlichen Diskurs zu diesem Zeitpunkt war) im Vordergrund stand und die Meinung wesentlich beeinflusste, wird nun evtl. in der Bevölkerung der Eindruck stärker, die Banken könnten die Hilfspakete in gewisser Form „ausnützen“.

Grafik 12:



Diesen Befund unterstreichen auch Ergebnisse zu einer weiteren Frage der aktuellen Erhebung (vgl. **Grafik 13**):

89% der ÖsterreicherInnen meinen, dass die Bankenhilfen solange gerechtfertigt sind als die Banken das Geld wieder zurückzahlen (die Hilfe also nicht zweckwidrig verwenden oder ausnützen).

Gleichzeitig ist auch durchaus Kritik an den Banken zu verzeichnen, da 62% der Befragten die Ansicht teilen, dass die an der Krise Schuldigen gerettet werden.

Schließlich geben fast drei Viertel der Österreicherinnen an, dass die staatliche Bankenunterstützung vor allem aus Eigeninteresse akzeptiert wird.

Grafik 13:

